



Köln, 15.04.2016

## Pressemitteilung

### **CDU: Köln muss in der Flüchtlingspolitik entlastet werden**

Großstädte sind deutlich benachteiligt und brauchen dringend Hilfe

Durch die zurzeit praktizierte Verteilung und Finanzierung im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung werden insbesondere Großstädte benachteiligt. Neben den vom Land zugewiesenen Flüchtlingen müssen die Großstädte auch die unerlaubt Eingereisten und die unbegleiteten Minderjährigen versorgen und unterbringen. Ursula Gärtner, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Wir fordern die Landesregierung auf, endlich den Kommunen und insbesondere den Großstädten zu helfen, die oft unbefriedigende Situation in der Flüchtlingsunterbringung zu entschärfen.“

Folgende Themen sind laut Gärtner hierbei von zentraler Bedeutung:

1. Der Bund beteiligt sich zwar finanziell an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung; die Gelder werden dabei aber nicht direkt an die Kommunen gezahlt, sondern über die Bundesländer verteilt. In NRW werden die Gelder nicht in voller Höhe weitergegeben, sowie dies in anderen Bundesländern (z.B. Bayern) der Fall ist. Diese Methode führt zu einer finanziellen Schieflage, da die Kommunen immer mehr eigene Mittel aufbringen müssen, um Flüchtlinge entsprechend den gesetzlichen Vorgaben unterzubringen und zu versorgen. Das Defizit für Köln summiert sich seit Anfang 2015 mittlerweile auf 100 Millionen Euro. Dabei sind die künftigen Kosten für die Integration der Flüchtlinge auch noch nicht berücksichtigt.
2. Bei der Zuweisungsquote müssen künftig die unerlaubt Eingereisten berücksichtigt werden. Ein nicht unerheblicher Anteil der Flüchtlinge besteht mittlerweile aus den sog. unerlaubt Eingereisten (in der Regel nicht registrierte Ausländer). Auch für diese besteht eine Unterbringungspflicht z.B. zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Bevorzugte Ziele dieser Gruppe sind Großstädte, insbesondere Köln. Die entstehenden Kosten werden bei den Ausgleichszahlungen und den

Zuweisungen nicht berücksichtigt. Dies gilt ebenso für die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen, die ständig wächst und die Städte finanziell belastet.

3. In den inzwischen zum Teil leerstehenden Landeseinrichtungen, die sich auch auf dem Grund und Boden der Kommunen befinden, sollen verstärkt Flüchtlinge aufgenommen werden; kommunale Einrichtungen können damit entlastet werden. Es ist geradezu unterträglich, dass es in Landeseinrichtungen Leerstände gibt, und in der Stadt Turnhallen belegt werden müssen. Diese sollen schnellstmöglich freigeräumt werden, um dort wieder Schul- und Vereinssport zu ermöglichen.

Niklas Kienitz, Fraktionsgeschäftsführer, ergänzt: „Das Land darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen sich selbst überlassen. Insbesondere dient das Geld des Bundes der Flüchtlingsunterbringung und nicht der Sanierung des eigenen Landeshaushaltes.“

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz  
Fraktionsgeschäftsführer